

Zürcher Unterländer

Die Tageszeitung für das Zürcher Unterland und amtliches Publikationsorgan der Bezirke Bülach und Dielsdorf

AZ, 8180 Bülach, Fr. 1.50, Nr. 276, 157. Jahrgang, Postcode 1
Redaktion/Abonnemente: 044 854 82 82, www.zuonline.ch, Inserate: Publicitas Bülach 044 872 77 77

 **Zürcher Landzeitung**

Waldshut Boomende Wirtschaftsregion Südbaden-Nordschweiz

Probleme gemeinsam angehen

Über 230 Milliarden Franken Volkseinkommen hat die Region Südbaden-Nordschweiz 2004 erwirtschaftet. Es läuft, wenn da nicht die Grenze wäre.

Marco Azzoni

Nahezu 2,3 Millionen Menschen gehen in besagtem Wirtschaftsraum einer Arbeit nach. Und da ist die Grenze fliessend, denn laut neusten Zahlen sind um die 50 000 Berufstätige mit deutschem Pass in der Schweiz angestellt, und immerhin an die 1000 Schweizer haben ihr Einkommen auf deutscher Seite.

Der Gemeinsamkeiten sind viele, abgesehen einmal von den Unternehmen, die auf beiden Seiten des Rheins eine Niederlassung oder Produktionsstätte unterhalten. Und wer hat nicht schon einmal im Schwarzwald Erholung gefunden oder ist in Zürich ins Theater gegangen.

Dennoch etliche Probleme

Die positive Wahrnehmung des potenten Wirtschaftsraumes ist in beiden Ländern durchaus vorhanden, wie das gestern Abend in Waldshut anberaumte Podium verdeutlichte, das auf



In den Köpfen der Unternehmer beidseits des Rheins existiert der Zoll, hier bei Koblenz, längst nicht mehr. (Sibylle Meier)

Anregung der «Unternehmerinitiative Wirtschaftsraum DCH» stattfand. Dies war zugleich die Aufwärmrunde für die weiteren Voten. Dennoch gibt es einige Probleme, die – bedingt durch die Grenze und wohl auch die politischen Verschiedenheiten – zu Tage treten.

So sind für die kleinen Gewerbebetriebe wie auch die Global Player ganz konkret die lan-

gen Wartezeiten aufgrund der Abfertigung an den Zollämtern ein Ärgernis. Aber auch die zum Teil noch eher dürftige Verkehrsinfrastruktur gibt Anlass zu hitzigen Diskussionen; gemeint ist dabei das «Ewig-Werk» einer A98 von Ost nach West auf deutscher Seite oder die mangelnde Bahnerschliessung. Auf Schweizer Seite ist hingegen der Flughafen Zürich mit all seinen

Beschränkungen ein Problem. Die Exponenten gaben sich gestern freilich redlich Mühe, nicht auf einzelnen Punkten herumzuhacken, sondern die Region als Ganzes zu sehen.

Prioritäten setzen

Man kam überein, wohl zuerst einmal eine Auslegeordnung zu machen und Prioritäten zu setzen und dabei – bei aller

Dringlichkeit – nicht die Belastungen zu vergessen, welchen die Bevölkerung ausgesetzt ist oder sein wird.

In diesem Sinne endete auch das Pro und Kontra von Volkswirtschaftsdirektorin Rita Fuhrer und dem Landtagsabgeordneten Tilman Bollacher in Minne – man will weiter miteinander reden und gemeinsam Lösungen erarbeiten. **Seite 3**

Dignitas

Minelli verteidigt seine Arbeit

Dignitas-Chef Ludwig A. Minelli will den begleiteten Freitod, wie er in der Schweiz möglich ist, auch im Ausland durchsetzen. Er will diesem Recht «globale Wirkung sichern». Er versteht sich nicht nur als Dienstleister, sondern auch als Kämpfer, sagt er im Interview. Minelli wehrt sich gegen den Vorwurf, Sterbehilfe als kommerzielles Gewerbe zu betreiben. Das Recht sei klar; Sterbehilfe dürfe professionell organisiert werden, sagt er. «Auch Profit ist erlaubt.» Kein Verständnis hat der Dignitas-Gründer für Nachbarn, die sich dagegen wehren, dass in ihrer Nähe Menschen in den Tod begleitet werden. Aus Stäfa und Maur sei Dignitas mit Alibi-Argumenten vertrieben worden, ist Minelli überzeugt. (zl) **Seite 17**

Zürich

Es bröckelt im Bündnis SVP-FDP

Etwa zwei Drittel der FDP-Wählerschaft im Kanton Zürich hat bei den Ständeratswahlen vom Sonntag der GLP-Kandidatin Verena Diener die Stimme gegeben. Dies schreibt das Statistische Amt des Kantons Zürich in einer Kurzanalyse der Resultate. Markant sei das Stadt-Land-Gefälle. Diener hat in den städtischen Gebieten gesiegt, ihr Gegenkandidat Ueli Maurer (SVP) in den ländlichen.

FDP-Kantonalpräsidentin Doris Fiala hat für heute eine Medienkonferenz angekündigt, an der sie bekannt gibt, ob sie zurücktreten wird. (sda) **Seite 15**

Zürich-Höngg

Festnahme nach rätselhafter Tat

Knapp drei Tage, nachdem in Zürich-Höngg eine 16-jährige Jugendliche erschossen worden ist, wurde gestern ein 21-jähriger Mann verhaftet. Dies teilten Kantonspolizei und Staatsanwaltschaft mit. Ob der Verhaftete etwas mit der Tat zu tun hat, ist jedoch noch nicht klar. Bei ihm zu Hause wurde eine Waffe sichergestellt. Es wird nun untersucht, ob es sich um die Tatwaffe handelt. Die bisher durchgeführten Abklärungen hätten keine Verbindung des jungen Mannes mit dem Opfer ergeben. (sda) **Seite 15**

Coop Grünes Licht für Detailhändler

Übernahme von Fust von der Weko gebilligt

Die Weko hat die Übernahme von Jelmolis Elektrogeräteketten Fust durch den Grossvertriebler Coop genehmigt.

Mit Ausnahme des Bereichs Kleinhaushaltgeräte sieht die Wettbewerbskommission (Weko) keine Anhaltspunkte für wettbewerbsrechtliche Bedenken, teilte die Behörde am Montag mit. Die im Juli in Auftrag gegebene vertiefte Prüfung habe ergeben, dass auf den wesentli-

chen Märkten genügend Wettbewerber vorhanden seien und zudem der Markt für ausländische Unternehmen offen sei, hiess es.

Da Coop im Bereich Kleinhaushaltgeräte zusammen mit der Migros eine marktbeherrschende Stellung einnehmen könnte, macht die Weko in diesem Bereich Auflagen. Coop muss auf Exklusivitätsabsprachen mit den Lieferanten verzichten, und Fust muss bei den Kleinhaushaltgeräten während fünf Jahren eine eigenständige Sortiments-, Preis- und Aktionspolitik betreiben. (zl) **Seite 21**



Coop darf Fust übernehmen: Die Wettbewerbskommission hat trotz vertiefter Prüfung keine Einwände gegen den Deal. (key)

Kroatien

Regierungspartei gewinnt Wahlen

Nach dem vorläufigen Ergebnis kommt die regierende Kroatische Union (HDZ) von Premierminister Ivo Sanader auf 66 von 153 Parlamentssitzen. Die HDZ hat damit 10 Mandate mehr erungen als die Sozialdemokraten von der SDP mit 56 Sitzen. Beide Parteien könnten mit Partnern eine mehrheitsfähige Koalition bilden. Sanader hat dabei die besseren Chancen: Für die erforderliche Mehrheit von 77 Stimmen braucht seine HDZ 11 zusätzliche Sitze. Derzeit fordern sowohl Sanader als auch SDP-Chef Zoran Milanovic den Regierungsauftrag. (zl) **Seite 18**

Frankreich

Wieder Krawalle in Pariser Vorort

Paris hat eine weitere Krawallnacht erlebt: Nachdem zwei jugendliche Motorradfahrer bei einem Zusammenstoss mit einem Polizeiauto gestorben waren, kam es im Vorort Villiers-le-Bel in der Nacht auf gestern zu schweren Ausschreitungen. Laut offiziellen Angaben wurden 25 Polizisten und Feuerwehrleute verletzt, zwei von ihnen schwer. Einige Polizisten wurden mit Eisenstangen geschlagen. Zudem wurden zwei Polizeiwachen und viele Geschäfte verwüstet. Präsident Nicolas Sarkozy rief gestern zur Ruhe auf. (afp) **Seite 19**

Im Überblick

Sängerbund

Eglisau. Der Sängerbund Eglisau kann auf ein anspruchsvolles Lieder-Repertoire zurückgreifen. Am Sonntagabend hat er es bewiesen. **Seite 5**

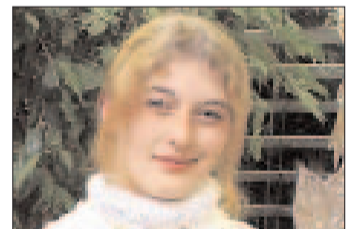
Gemeindehausprojekt

Regensdorf. Sieben Projekte sind beim Architekturwettbewerb für ein neues Gemeindehaus eingereicht worden. Jetzt wird öffentlich juriiert. **Seite 9**

Brandursache geklärt

Zürich. Der Brand im Zunfthaus zur Zimmerleuten ist auf einen technischen Defekt in den Elektroinstallationen des Gebäudes zurückzuführen. **Seite 15**

Engels-Begleiterin



Steffi Keller

Embrach. «Man soll sich auf den Samichlaus freuen können», sagt Steffi Keller. Als Engels-Begleiterin macht sie bei der St. Nikolausgruppe Embrach mit. Von Chläusen, die den Kindern Angst machen oder ihnen drohen, sie in den Sack zu stecken, hält die 21-Jährige nichts. Die St. Nikolausgruppe ist vor 15 Jahren gegründet worden. **Seite 7**

REKLAME

006-118966



Über 300 Occasionen mit Garantie und vielen Zusatzleistungen!
www.AUTOMEER.CH

REKLAME
008-140970



Einfach näher: Ihr Skoda-Handler in Embrach.
Ihre Regionalservicepartner:
Auto Center Saftli und Frei AG
Dürkstrasse 80, Embrach
Telefon 044 266 55 11
www.skoda-embrach.ch

Unterland Wetter heute

-2°/5°
Sonniges Wetter setzt sich durch. Schwacher Wind.



Waldshut Podium zum Thema «Wirtschaftsraum Südbaden-Nordschweiz – Quo vadis?»

Nur gemeinsam sind Lösungen zu finden

Der fehlende Trennstrich in der Bezeichnung «DCH» verdeutlicht es: Für die Mitglieder der Unternehmerinitiative ist die Landesgrenze kein Hindernis. Gestern fand dazu ein Podium in Waldshut statt.

Marco Azzoni

Die Einschätzung, der Wirtschaftsraum Südbaden-Nordschweiz verdiene das Prädikat «Powerregion» wurde von den Podiumsteilnehmern einhellig anerkannt. Die Zürcher Regierungspräsidentin und Volkswirtschaftsdirektorin Rita Fuhrer gab aber zu bedenken, dass – als wichtige Voraussetzung – die Region auch als «gemeinsamer Lebensraum» wahrgenommen werden müsse.

Für den Waldshuter Landrat Tilman Bollacher stellt die Region ausserdem «einen Mosaikstein im grenzüberschreitenden Dialog» dar. Als Abgeordneter betonte er überdies den «Schluss zwischen Wirtschaft und Politik», um die Probleme gemeinsam anzugehen. Auch für den Logistik-Unternehmer und Präsidenten der IHK Hochrhein-Bodensee, Kurt Grieshaber, ist der «rege Austausch über die Landesgrenze hinweg» längst Tatsache, «abgesehen von kleineren Scharmützeln». Rudolf Weber, CEO der Kaba Group, gab zu verstehen, dass er mit seinem beidseitigen des Rheins produzierenden Unternehmen «sehr stark betroffen» sei vom Prosperieren des Wirtschaftsraums, daher wolle er auf keinen Fall «die Türen verschliessen, auch wenn er einen Schliess-technik-Konzern» leite.

Bei Verkehrsinfrastruktur haperts

Probleme gibt es freilich trotz der ausgezeichneten Voraussetzungen den-



Über die Grenze hinweg diskutiert (von links): Kurt Grieshaber, Rita Fuhrer, Heiko Gleixner, Tilman Bollacher und Rudolf Weber. (Sibylle Meier)

noch zuhauf, wie aus dem Verlauf der Diskussion ersichtlich war. So lässt beispielsweise die Verkehrsinfrastruktur einiges zu wünschen übrig. Vor allem sehnen die Süddeutschen das Fertigstellen der A98 nun schon seit Jahrzehnten herbei. Hier müsse eine gemeinsame Lösung mit den Kantonen Schaffhausen und Zürich gefunden werden, betonte Bollacher. Dies sei auch «im Interesse der Schweiz». Weber sekundierte ihn und verwies auf die guten Verkehrsverbindungen, von der die «Wettbewerbsfähigkeit» ebenfalls abhängen. Schliesslich werde im Wirtschaftsraum produziert, was Warenverkehr bedeute, und nicht nur verwaltet.

Spediteur Grieshaber doppelte bei der A98 nach, erinnerte jedoch ebenso an die Bahn-Infrastruktur, die es zu verbessern gelte. Denn in Deutschland wurde – geschichtsbedingt – in den letzten Jahrzehnten vorab die Nord-Süd-Achse ausgebaut; nun mangelt es an adäquaten Verbindungen zwischen Ost und West. Rita Fuhrer konterte mit

Blick auf Bollacher: Es sei schon etwas mutig, bei der A98 auch von Schweizer Interessen zu reden. Die Volkswirtschaftsdirektorin plädierte dezidiert für eine «Gesamtverkehrskonzeption», so wie sie der Kanton Zürich verfolge. Nur bei Berücksichtigung von Strasse, Bahn und nicht zuletzt Luftverkehr könnten Lösungen erarbeitet werden.

Warten am Zoll

In Sachen Warenverkehr schilderte Grieshaber die kilometerlangen Lastwagen-Staus vor den Grenzübergängen. Er wünschte sich deshalb eine speditivere Abfertigung, und zwar auch auf deutscher Seite. Ein Dorn im Auge ist ihm allerdings ebenso das in der Schweiz geltende Nachtfahrverbot für Laster. Fuhrer gab zu bedenken, dass die Schweiz als Transitland genutzt werde. Das Nachtfahrverbot sei schon deshalb für die Bevölkerung «sehr wichtig». Dieses Verbot trete zudem auch beim Luftverkehr auf. Letztlich gehe es um ein «Geben und Nehmen» mahnte Fuhrer.

Bollacher verwies darauf, dass nur «gleichwertige Dinge miteinander zu bewerten» seien, es gehe deshalb nicht an, den Flughafen mit dem Autobahn-Bau zu vergleichen. Fuhrer erwiderte, dass die Ursache aller dieser Probleme in der «Belastung der Bevölkerung» liege; sie müsse die Gewissheit haben, dass über alles hinweg eine «Balance erreicht wird».

Arbeitsmarkt ausgetrocknet

Beim letzten Diskussionspunkt, dem Arbeitsmarkt, räumte Weber ein, dass sein Unternehmen mit einem «Mangel an Fachkräften» konfrontiert sei, vorab auf Ingenieursstufe und im Informatikbereich. Grieshaber verdeutlichte das Problem mit dem Hinweis auf die nunmehr 50 000 deutschen Grenzgänger: Dies bedeute, dass die Fachkräfte Richtung Schweiz abwanderten und den heimischen Markt austrockneten.

Im Schlussvotum nannte Weber seine «Vision einer Region ohne Grenze». Bollacher lud den Kanton Zürich ein,

doch bei der Hochrheinkommission mitzutun, um gemeinsam die Probleme anzugehen. Fuhrer appellierte an den «Mut der Politiker», das Ganze zu sehen und gemeinsam zu lösen, aber dabei die Bevölkerung nicht ausser Acht zu lassen. Und Grieshaber ermunterte dazu, die Lösungssuche nun «selbst in die Hand zu nehmen».

Das Podium

Am gestrigen Podium nahmen teil: Rita Fuhrer, Volkswirtschaftsdirektorin des Kantons Zürich; Tilman Bollacher, Landrat des Landkreises Waldshut; Rudolf Weber, CEO der Kaba Group und neuer Co-Präsident der Unternehmerinitiative; Kurt Grieshaber, Präsident der Industrie- und Handelskammer Hochrhein-Bodensee. Das Podium leitete der Co-Präsident der Unternehmerinitiative, Heiko Gleixner.

Enormes Potenzial

Die Wirtschaftsregion Südbaden-Nordschweiz gehört zu den wettbewerbsfähigsten Regionen Europas. Rund 4,3 Millionen Menschen leben in diesem Gebiet, wovon fast 100 000 Deutsche in der Nordschweiz und um die 10 000 Schweizer im Bundesland Baden-Württemberg. 2,3 Millionen sind in der Region – die von Freiburg im Breisgau bis in den Thurgau reicht – beschäftigt, zur Hauptsache in der Chemie-, Pharma- und Maschinenindustrie, aber ebenso in der Medizintechnik oder im Bereich der Finanzdienstleister und Logistikunternehmen. 38 000 Grenzgänger aus Deutschland wurden etwa im vergangenen Jahr gezählt. 1000 waren es in umgekehrter Richtung.

Im Jahr 2004 erwirtschaftete die Region zusammen ein Volkseinkommen (BIP) von rund 232 Milliarden Franken oder pro Kopf 53 500 Franken. 53 Prozent aller Einfuhren in die Schweiz gehen in die drei zum Wirtschaftsraum gehörenden Regionen Nordwest-, Nordostschweiz und Zürich. 47 Prozent aller Schweizer Ausfuhren stammen aus den genannten Regionen.

Ein weiterer wichtiger Erwerbszweig ist der Tourismus. So registrierten die baden-württembergischen Beherbergungsbetriebe im letzten Jahr 7,3 Millionen Übernachtungen, wobei die Schweizer mit fast 17 Prozent das Hauptkontingent der ausländischen Gäste stellten. Die Schweizer Betriebe notierten 19,6 Millionen Übernachtungen, wobei die Deutschen den Hauptharst mit 38 Prozent bildeten.

Allein Zürich und Basel kamen im vergangenen Jahr auf 3,3 Millionen Logiernächte. Dabei schwang Basel mit einer Zunahme von 21 Prozent erneut obenaus. (az)

Aus dem Flyer «Wirtschaftsraum in Zahlen»

Unternehmerinitiative «Wirtschaftsraum DCH» – Eine von der Politik unabhängige Stimme

«Eine Sicht über die Wahlbezirke hinaus»

Im Mai ist Rudolf Hauser statutengemäss als Co-Präsident der «Unternehmerinitiative» zurückgetreten. Er schildert die Überlegungen, die vor drei Jahren zur Gründung der Initiative führten.

Interview: Marco Azzoni

Wie ist es zur Idee gekommen, die Unternehmerinitiative zu gründen?

Rudolf Hauser: Unternehmer von beiden Seiten der Grenze zwischen Deutschland und der Schweiz waren beunruhigt über die zunehmenden Hemmnisse im Verkehr und in der Güterabfertigung, aber auch über die ungenügende Zusammenarbeit für wirtschaftsgerechte Infrastrukturen im Strassen-, Schienen- und Luftverkehr sowie der Bildungsstätten in der grenzüberschreitenden Wirtschaftsregion Südbaden-Nordschweiz-Zürich. Besorgt war man auch über politische Streitereien, die unserer Region und ihrer künftigen Entwicklung und Konkurrenzfähigkeit Schaden zufügen.

Da sich dies nicht mit unternehmerischer Verantwortung für künftige Arbeitsplätze und Prosperität verträgt, ertönte der Ruf nach unabhängigen Stimmen, die eine Sicht über die Grenzen und Wahlbezirke hinaus und wirtschaftliche Vernunft vertreten, ergänzend und in gleicher Weise wie die etablierten und bewährten regionalen und lokalen Wirtschaftsorganisationen.

Rund zwei Dutzend schweizerische und süddeutsche Unternehmensvertreter haben deshalb im Juli 2004 eine grenzüberschreitende Interessengrup-

pe, die Unternehmerinitiative «Wirtschaftsraum DCH», gegründet. Sie ist ein Verein, der sich für gute Rahmenbedingungen in den Bereichen Wirtschaft, Verkehr, Bildung und Kultur im grenzüberschreitenden Wirtschaftsraum einsetzt. Sie will auch die Wahrnehmung und Wertschätzung dieses schon lange existierenden, stark vernetzten Wirtschaftsraums in der Öffentlichkeit, in den Medien, bei Politikern und Behörden fördern.

Dazu betreibt sie Öffentlichkeitsarbeit und steht im Kontakt mit den verantwortlichen öffentlichen Stellen und bestehenden Wirtschaftsorganisationen und Arbeitsgruppen. Sie hat ihren Sitz in Zürich und Waldshut-Tiengen. Entsprechend dem binationalen Charakter sind ihre Organe jeweils mit der gleichen Anzahl schweizerischer und deutscher Vertreter besetzt. Seit der Gründung hat sich die Mitgliederzahl mehr als verdoppelt und liegt nun bei über 60.

Wer ist oder war Ihr Co-Präsident auf deutscher Seite?

Deutscherseits ist Co-Präsident seit der Gründung Herr Heiko Gleixner, leitender Partner einer grossen Rechtsanwalts- und Steuerberatungspraxis in Waldshut.

Welche namhaften Firmen sind durch ihre Chefs in der Unternehmerinitiative vertreten?

Namhafte, meist grenzüberschreitend tätige und oft auf beiden Seiten der Grenze angesiedelte Firmen sind durch leitende Personen vertreten, darunter mit schweizerischem Ursprung Bucher, Chromos, Conzeta, Credit Suisse, de Sede, Forbo, Franke, Georg Fischer, Kaba, Indermühle, Rieter, Otto Suhner, UBS, Victorinox, ZKB und mit deutschem Ursprung Deutsche Bank, Gries-



Rudolf Hauser war seit der Gründung 2004 bis Mai 2007 Co-Präsident.

haber Logistics, Gütermann, Hectronic, Lienhard, Obi Baumarkt, Ristelhueber Spedition, Storz Tuttingen, Rhenus Spedition, Schiesser, Siggset Print, Sto, Sparkasse Hochrhein, Volksbank Hochrhein, Würth, um nur eine Auswahl zu nennen.

Was waren oder sind die grössten Probleme in den Beziehungen respektive im Handel zwischen den Regionen Südbaden und Nordschweiz?

1. Die wirtschaftlichen Kosten der Warenkontrollen, der Wartezeiten und der Verkehrsstaus an der Grenze sind eine grosse Belastung der Wirtschaft. Eine Studie von Avenir Suisse ermittelte 2006 für die ganze Schweiz Kosten von rund 4 Milliarden Franken.
2. Die Kapazitäten der Verkehrsachsen und der Grenzübergänge sind angesichts des wachsenden Wirtschaftsvolumens nicht genügend.
3. Die unkooperative Haltung der Beteiligten im Streit um den Flughafenlärm bedroht Arbeitsplätze und Prosperität in der ganzen binationalen Region.
4. Manche politisch Verantwortliche vertreten einseitig ihre lokalen Interessen und lassen die Sicht auf das Wohl der gesamten Region vermissen.

Welche gezielten Massnahmen haben Sie getroffen, um die Unterne-

initiative voranbringen zu können?

Präsidium, Vorstand und Geschäftsstelle haben in Medienkonferenzen, mit Medienmitteilungen, Beiträgen an Veranstaltungen und in vielen Direktkontakten mit Regierungsstellen aller Stufen und Wirtschaftsorganisationen unsere Haltung publik gemacht und zum Handeln aufgefordert. Zudem haben wir uns bemüht, den Mitgliederkreis in beiden Ländern zu vergrössern.

Wie haben die Behörden und wie hat die Politik auf Ihr Ansinnen reagiert?

Wir sind fast immer auf grosse Akzeptanz und Sympathie zu unseren Zielen gestossen. Die gemeinsamen Interessen werden anerkannt. In der praktischen Umsetzung hapert es aber zu oft, und lokale Prioritäten hindern die Zusammenarbeit und das Vorwärtkommen zu Lösungen für die Gesamtregion.

Wie sehen Sie die Zukunft des bilateralen Handels in der Region? Ist das Abseitsstehen der Schweiz von der EU nicht allzu hinderlich? Oder sind die bilateralen Abkommen mit der EU genügend für einen reibungslosen Warenverkehr?

Es geht uns um einen möglichst diskriminationsfreien Waren- und Personenverkehr und um eine zügige Verbesserung der Infrastrukturen in der Wirtschaftsregion. Dazu braucht es nicht den Umweg über Brüssel, und die bilateralen Abkommen sind ein genügender Rahmen. Gefragt ist die konstruktive Zusammenarbeit der beiden aneinandergrenzenden Staaten und ihrer Gebietskörperschaften. Je direkter eine Verständigung erfolgt, umso besser.

Rudolf Hauser war bis in diesem Frühjahr Verwaltungsratspräsident von Bucher Industries in Niederweningen.